

## Politik

### **SPD will an Dienstwagen ran**

**Für den Klimaschutz: Steuerprivilegien auf spritfressende Firmenautos sollen gekappt werden / Viele Mittel- und Oberklassefahrzeuge von Daimler, BMW und VW/Audi betroffen**

*Jörg Michel*

BERLIN. Angesichts der Gefahren durch den Klimawandel wollen die Umweltpolitiker der SPD die steuerlichen Privilegien für spritfressende Dienstwagen kappen. Die Kosten für den Betrieb der Firmenwagen sollen demnach nur noch bis zu einer klimapolitisch vertretbaren Höhe von der Steuer absetzbar sein. "Heute subventioniert die Allgemeinheit die Spritfresser. Wenn wir eine Obergrenze einführen, ist damit endlich Schluss", sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Ulrich Kelber, der Berliner Zeitung.

Bislang können Firmen die Kosten für Anschaffung und Betrieb der Dienstwagen in Gänze von der Steuer absetzen. Dies beinhaltet auch die Kosten für den Kraftstoff. Kelber schlägt nun vor, diese Betriebskosten nur noch in dem Umfang zu berücksichtigen, wie dies in etwa den neuen Zielwerten der EU für den Ausstoß von Kohlendioxid von Autos entspricht. Brüssel hatte am Mittwoch für alle Wagen einen Zielwert von 130 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer beschlossen. Dies entspricht bei Super etwa einem Durchschnittsverbrauch von 5,5 Litern pro 100 Kilometer.

In der Praxis würde der SPD-Vorschlag dazu führen, dass nur noch Wagen mit einem Verbrauch bis zu dieser Grenze in den Genuss des vollen Steuerprivilegs kämen. Für Verbrauchskosten, die darüber hinausgehen, müsste der Dienstwagenbesitzer aufkommen. "Das spart Milliarden und bringt den Klimaschutz voran", so Kelber.

Mit der Initiative zielen die Umweltpolitiker der SPD vor allem auf die Autos der Mittel- und Oberklasse wie Daimler, BMW und VW, die besonders viel Treibstoff verbrauchen und viel Kohlendioxid in die Luft pusten. Bis zu zwei Drittel aller in Deutschland verkauften Autos dieser Kategorie sind Firmenwagen. In Einzelfällen wie beim Fünfer-BMW werden sogar 80 Prozent aller verkauften Autos als Dienstwagen geordert. Die Firmen können sich einen Großteil der Kosten aber wieder vom Finanzamt zurückholen. Da die Ausgaben für Anschaffung und Unterhalt dieser Wagen überdurchschnittlich hoch sind, ist auch die Steuerersparnis im Vergleich zu klimaschonenden Kleinwagen größer. Umweltschützer kritisieren diese milliardenschwere Steuersubvention schon seit Jahren.

Auch die Grünen fordern eine Kürzung. "Wir müssen ökologisch kontraproduktive Steuersubventionen rasch abbauen", sagte der Fraktionschef der Grünen, Fritz Kuhn, dieser Zeitung. Die Grünen wollen dabei noch weiter gehen als die SPD. Sie fordern, dass neben der Absetzbarkeit der Betriebskosten auch die Absetzbarkeit der Anschaffungskosten begrenzt wird. Kuhn schlug vor, dabei ab 2008 keinen Wagen mehr steuerlich zu begünstigen, der über 140 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstößt. Dies wäre das faktische Aus für das Steuerprivileg vieler Autos der Mittel- und Oberklasse. "Die Zeiten fröhlicher PS-Protzerei sind vorbei", sagte Kuhn.

Umweltschützer verfolgen eine ähnliche Linie: "Es kann nicht sein, dass Dienstwagen mit extremen Kohlendioxid-Emissionen bis zur Hälfte vom Steuerzahler mitfinanziert werden", sagte der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch. Er schlug vor, auch die steuerlichen Regeln für Dienstwagen von

Angestellten zu verändern. Diese müssen die Nutzung des Wagens bislang mit 1,5 Prozent des Neuwertes monatlich pauschal versteuern. Nach Vorstellung der Umweltschützer soll dieser Satz für klimaschonende Kleinwagen gesenkt und für spritfressende Limousinen erhöht werden.

Berliner Zeitung, 09.02.2007

Lesen Sie auch:

[Kein Steuerprivileg für Klima-Killer](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)